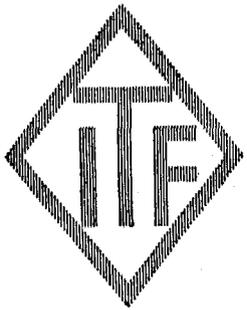


# FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



No. 9

Amsterdam, den 30. April  
1937

5. Jahrgang

## Hunger in deutschen Zuchthäusern.

(ITF) Der "Neue Vorwärts" (vom 25. April) meldet: in den Zuchthäusern des Dritten Reiches ist eine neue mörderische Regelung eingeführt worden. Den politischen Gefangenen werden schwerste Arbeiten zugewiesen. Gefangenen, die das vorgeschriebene Arbeitspensum nicht leisten können, wird zur Strafe die Verpflegung verschlechtert. Da infolge

dieser Minderernährung die Arbeitsleistung weiter sinken muss, ist dieses grausame Verfahren ein Verurteilen zu langsamem Hungertod.

Der Sozialdemokrat Hirschberg ist ein Opfer dieser mörderischen Regelung geworden. Er ist an Entkräftung zugrunde gegangen. Dasselbe Schicksal droht den Sozialdemokraten Markwitz und Oltersdorf, die wie Hirschberg wegen illegaler Fortsetzung der sozialdemokratischen Partei zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Oltersdorf war bis zum Mai 1933 Sekretär der Ortsverwaltung Berlin des der I.T.F. angeschlossenen "Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs!"

## Nach 10 Jahren Gefängnis - Deportation!

(ITF) 1927 wurden der junge Italiener Graziano Marino und seine neunzehnjährige Verlobte Giorgina Rossetti

unter dem Verdacht antifaschistischer Betätigung verhaftet. Vor dem Sondergericht hielten beide sich ausserordentlich tapfer, sie verrieten keinen illegalen Kameraden. Aus Rache für diese tapferere Haltung verurteilte sie das Sondergericht zu je 18 (!) Jahren Gefängnis.

Durch die verschiedenen Amnestien wurden ihnen 8 Jahre Haft erlassen, sie hätten also in diesem Jahre entlassen werden müssen! Statt dessen wurden sie auf eine der Strafinseln deportiert!

'Recht' in Oesterreich.

(ITF) Wir entnehmen einer faschistischen "Gewerkschafts" Zeitung folgende Schilderung der Rechtlosigkeit der österreichischen Arbeiter: "Ein Arbeiter wurde unter dem Verdacht, für eine verbotene politische Bewegung tätig gewesen zu sein, verhaftet und nach Ablauf von zwei Wochen von seinem Dienstgeber entlassen. Kurz darauf stellte sich die Schuldlosigkeit des Arbeiters heraus, er wurde selbstverständlich enthaftet, sein Dienstgeber jedoch weigerte sich, ihn wieder in den Betrieb einzustellen." Der Arbeiter klagte auf Wiedereinstellung, doch Gericht und sogar Berufungsgericht gaben ihm unrecht. "Wohl wurde in den Entscheidungsgründen festgestellt, dass der Verdacht gegen den Kläger, der zu dessen Verhaftung geführt hatte, ein falscher war, so dass er sich unverschuldet in Haft befand. Das könne aber nichts daran ändern, dass auch diese unverschuldete Haft, sofern sie nur länger als 14 Tage währte, einen Entlassungsgrund darstelle." Denn "zu den Gründen, die den Dienstgeber zur vorzeitigen Entlassung eines Arbeiters berechtigen, gehört nach Par. 82, lit. i) der Gewerbeordnung eine 'mehr als vierzehntägige gefängliche Anhaltung'.

...Es handelt sich um einen ziemlich häufigen Fall". (Der Holzarbeiter im Gewerbe", April 1937.)

Maifeier im Diktaturstaat.

(ITF) Im Dritten Reich und in Oesterreich schänden die Diktatoren den sozialistischen Maitag durch Staatsfeiern. Um zu erreichen, dass die Unterworfenen an diesem Zwangsfeiertag die Flaggen der Diktatur der Sozialreaktion zeigen, werden von den faschistischen Organisationen Flaggbefehle ausgegeben, wie der folgende, den die Bezirksführung Wien-Hitzing der Gruppe VII. der Vaterländischen Front am 8. März an die Gartensiedlung Wien XIII. sandte: "Die Gruppenführung erwartet, dass ...sämtliche Siedler, insbesondere die Angestellten des Bundes und der Gemeinde Wien beflaggen. Eine Nichtbefolgung (des Flaggbefehls) durch diese müsste als Sabotage der bestehenden Staatsform aufgefasst werden, wobei sich jeder einzelne die Folgen selbst zuzuschreiben hätte".

Man kann sich vorstellen, mit welchen Gefühlen am 1. Mai die Fahnen der Diktatur der Sozialreaktion ausgehängt werden.

Wahrheit im Aether.

(ITF) "Giustizia è Libertà" veröffentlicht (am 16. April) einen interessanten Brief aus Rom, der die starke Wirkung der spanischen Ereignisse in Italien zeigt: "Alles spricht von Spanien und nicht nur von der Niederlage bei Guadalajara. Wie eine Offenbarung wirkte, dass es dort einen Antifaschismus gibt, der kämpft und der ganzen Welt zeigen konnte, dass er imstande ist, den Schwarzhemden die Spitze zu bieten. (Bei Guadalajara haben antifaschistische Italiener, Mitglieder der "Internationalen Kolonne", von Mussolini gesandte italienische Truppen in die Flucht geschlagen.) Weit mehr Leute als man denkt, hören die italienischen Sendungen der spanischen Rundfunkstationen und verbreiten die Berichte weiter. Es hagelt Verurteilungen. Kürzlich wurde eine Gruppe Arbeiter aus Florenz auf die Strafinseln deportiert, weil sie regelmässig die Sendungen aus Madrid und Barcelona abgehört haben."

50 000 österreichische Arbeiter stossen vor.

(ITF) Die österreichischen Arbeiter und Angestellten verlangen immer nachdrückliche Beseitigung der von der katholischen Diktatur ernannten Leiter der faschistischen "Einheitsgewerkschaft". Logisch gewählte Oblaute der "Werksgemeinschaften" sammeln Unterschriften unter ein Memorandum, das dem Bundeskanzler Schuschnigg überreicht werden soll. /Dieses Memorandum, das die Durchführung früher und geheimer Wahlen in der Einheitsgewerkschaft fordert, haben bereits Obmänner, die zusammen mehr als 50 000 Arbeiter vertreten, ihren Namen gesetzt. Die Unterzeichner verlangten eine Rücksprache mit Schuschnigg. Dieser hat sich jedoch bisher geweigert die Deputation zu empfangen. Am 20. April wurden ihm deshalb brieflich die Forderungen der Arbeiter mitgeteilt.

/Unter

Katholischer "Standestaats" (ITF) Nach 3 Jahren katholischer Diktatur zeichnet die in Wien legal erscheinende "Oesterreichische Arbeiter-Zeitung, Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung" (am 17. April) die Lage der österreichischen Arbeiter folgendermassen: "Die Arbeiterschaft..... ist in den meisten Fällen auf Gnade und Ungnade ihren Arbeitsherrn ausgeliefert und wenn ein Arbeiter sich beschwert, läuft er Gefahr, schnellstens aus dem Betrieb hinausgeworfen oder so schikaniert zu werden, dass ihm die Lust vergeht, sich noch einmal zu mucksen. Man kann daher mit Recht von einer modernen Lohnsklaverei sprechen....

Immer wieder hört man klagen, wie die Arbeiter bis zur Erschöpfung ausgeschunden werden, wie sie totmüde heimkommen und wie ihre Gesundheit in jungen Jahren durch Ueberarbeit ruiniert wird.... Mit schönen Reden ist der Arbeiterschaft nicht geholfen...."

Der Lohndruck in Oesterreich. (ITF) Der Obmann der Arbeitervertrauensmänner der Wiener Automobilfabrik Saurer-Werke erklärt in der in Wien unter Zensur erscheinenden "Arbeiterwoche" (vom 17. April): "Tatsache ist, dass (in Oesterreich) durch die ständigen Lohnsenkungen -- die Löhne wurden seit dem Jahre 1929 um rund 30% gesenkt -- die Lebenshaltung breiterer Arbeitermassen ganz beträchtlich gesunken ist....

Die Preise sind weiter gestiegen und haben die Lebenshaltung nach den Angaben sehr massgebender Stellen um nicht weniger als rund 20% verteuert, d. h. die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hat sich durch diese Preissteigerungen um etwa 20% verschlechtert."

Die Wiener Automobilfabriken profitieren von der europäischen Rüstungskonjunktur, die Arbeiterschaft fordert energisch eine Lohnerhöhung, doch die katholische Diktatur versucht die Lohnbewegung der Wiener Metallarbeiter genau so wie im vergangenen Jahre abzuwürgen und die Reallöhne der Arbeiter trotz steigender Profite der Rüstungsindustrie 20% unter dem Krisenniveau zu halten.

Akkordschinderei. (ITF) "In der letzten Zeit konnte wiederholt die Beobachtung gemacht werden, dass in verschiedenen (österreichischen) Baumwoll- und Wollwebereien die Akkordlöhne vielfach so niedrig erstellt sind, dass damit das Auslangen nicht gefunden, respektive der vertraglich vorgesehene Durchschnittsakkordlohn nicht erreicht werden kann" berichtet der faschistische "Österreichische Textilarbeiter" (März 1937). Die freigewerkschaftlichen Akkordkommissionen hat die katholische Diktatur aufgelöst.

Hitlers Geheimnisse. (ITF) Die deutschen Arbeiter sollen von bestimmten Vorgängen im Dritten Reich und im Ausland nichts erfahren. Das Propagandaministerium teilt den deutschen Redaktionen regelmässig mit, worüber nicht berichtet werden darf. So befahl es am 16. Januar 1937: "Die Jahres- und Geschäftsberichte grösserer Unternehmungen, wie z. B. von Krupp u.s.w., sind bei ihrer pressemässigen Auswertung mit Zurückhaltung zu verwenden. Z. B. sind Angaben von Zahlen über Vorräte und Lager, Bezug und Verbrauch von Rohstoffen und Halbstoffen, Kapazitäten, Kapazitätsreserven und Beschäftigungszahlen zu unterlassen." Es sollte verhindert werden, dass die Arbeiter sich über das Tempo der Kriegsvorbereitung und über die riesigen Rüstungsgewinne Gedanken machen.

Auch die Photos werden zensiert: "Die Bildberichterstattungen über Oesterreich und Spanien sind, soweit es sich um eigene Bilder über diese Länder handelt, unter Vorlagepflicht zu stellen" wurde am 7. November 1936 befohlen, um zu verhindern, dass Photos der Nazi-Nachrichten / von Francos Einmarsch in Madrid / lügenstrafen.

Photos von Bonzenvillen dürfen seit dem 26. Januar 1937 nur mit besonderer Genehmigung für Ansichtskarten verwandt werden: "Sämtliche Ansichtskarten, die den Führer sowie die führenden Persönlichkeiten des Staates und der Partei und deren Wohnsitze darstellen, sind zur Genehmigung vorlagepflichtig." Photos der Villen Leys und der Paläste von Göbbels, Hess und Streicher, Photos der Prunkräume Hitlers und Himmlers hat man bis heute nicht gesehen.

Die ("Sozialistische Warte" vom 15. März 1937 hat diese und andere Pressordonanzen den vertraulichen "Mitteilungen des Reichsverbandes der Deutschen Zeitschriftenverleger zur Unterrichtung für Schriftleiter" entnommen.)

Lansbury ging nach  
Berlin....

(ITF) George Lansbury, der ehemalige Leiter der Parlamentsfraktion der britischen Labour Party, hat aus dem zynischen Geständnis des italienischen Marschalls de Bono, dass Mussolini vom Frieden sprach, um den Krieg gegen Abessinien besser vorbereiten zu können, nichts gelernt. Er hat am 19. April Hitler aufgesucht, um mit ihm über die Voraussetzungen für eine Entspannung der europäischen Lage zu sprechen. Wir kennen Lansbury und zweifeln keinen Augenblick an seiner Aufrichtigkeit und an seinem guten Willen. Umso nachdrücklicher aber müssen wir feststellen: Lansbury hat durch seinen Berliner Besuch der Sache des Friedens ausserordentlich geschadet.

Die Hitler-Diktatur bereitet systematisch einen Krieg vor. Sie ist zur Zeit noch nicht kriegsbereit, da ihr die Devisen für eine ihrem Rüstungsprogramm entsprechende Einfuhr von Rüstungsrohstoffen fehlen. Und sie scheut den Überfall auf die tschechoslovakische Demokratie und den Einmarsch in Oesterreich, Belgien, Dänemark und Danzig, so lange die Gefahr besteht, dass Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika an die Seite der Überfallenen treten. Sie versucht deshalb mit allen Mitteln, die angelsächsischen Staaten am Schicksal des europäischen Kontinents zu desinteressieren und dadurch die Vorbedingung für die Errichtung der Herrschaft des bluttriefenden Hakenkreuzes über Europa zu schaffen. Das Buch Hitlers "Mein Kampf", die Bücher Alfred Rosenbergs, des aussenpolitischen Beraters Hitlers, sprechen diese Absicht unverhohlen aus. Diese Bücher gelten im Dritten Reich als offizielles Programm, sie wurden am 20. April -- noch während des Berliner Aufenthalts des greisen Labour-Abgeordneten -- von Nazibehörden in Tausenden Exemplaren verteilt.

Lansbury musste die Pläne des dritten Reiches kennen, aber er ist trotzdem nach Berlin gegangen.

Der Inhalt der Besprechung zwischen Hitler und Lansbury ist nicht veröffentlicht worden. Lansbury, einst ein Kämpfer gegen jede Geheimdiplomatie, hat sich zur Geheimhaltung der Gespräche verpflichtet. Es wurde nur die farblose Erklärung veröffentlicht, dass Deutschland bereit sei, an einer von einer Grossmacht einberufenen Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Lansbury betrachtet das als einen Erfolg, trotzdem das amtliche "Deutsche Nachrichtenbüro" sofort erläuterte: "Wie er es bereits oftmals (!) bei anderen Gelegenheiten getan hat, so unterstrich der Führer auch (!) während dieser Unterredung, dass Deutschland sich von keiner internationalen Zusammenarbeit ausschliesen würde, die Hoffnung auf einen Erfolg gewährt." Noch deutlicher zerstörte "Der Angriff", das offizielle Organ der Deutschen Arbeitsfront (in Nr. 95 vom 24. April) Lansburys Illusionen: "Das Gespräch, das der englische Abgeordnete Lansbury mit dem Führer gehabt hat, ist von der Auslandspresse mit einem Akzent wiedergegeben worden, der einen falschen Eindruck hervorrufen musste... Es erscheint reichlich verfrüht, im Augenblick von einer neuen Weltwirtschaftskonferenz zu sprechen." Und "Der Deutsche Volkswirt", das Sprachrohr Dr. Schachts, forderte als Vorbedingung einer deutschen Teilnahme an einer Konferenz: "englische Kompromissbereitschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet" (Nr. 30 vom 23. April), das heisst: Hitler will erst Rüstungsrohstoff-Konzessionen bevor er vom Frieden sprechen will!

Hoffentlich ernüchert diese Duschung Lansbury und alle, die mit gleicher Naivität glauben, kriegslüsterne Diktatoren durch Worte von ihren Zielen abbringen zu können! Hoffentlich erkennen sie endlich, dass man den Frieden nicht dadurch sichern kann, dass man kriegslüsterne Diktatoren Konzessionen macht; nur der Sturz der Diktaturen sichert den Frieden der Welt.

Lansbury hat festgestellt, dass breite Massen des deutschen Volkes genau so wie die Massen Grossbritanniens den Frieden wollen. Doch in Deutschland kann sich der Friedenswille der breiten Massen heute nicht durchsetzen, in Deutschland lässt Hitler durch seine Polizei die Kämpfer für den Frieden grausam verfolgen. Wenn Lansbury Deutscher

wäre, säße er trotz seiner 78 Jahre wegen seines Friedenswillens im Konzentrationslager. Auch der 71jährige Alwin Brandes, der frühere Vorsitzende der freien Metallarbeiter-Gewerkschaft, wird wegen des blossen Verdachts der Teilnahme am Kampf gegen die Diktatur der Kriegshotzer von einem Konzentrationslager ins andere geschleppt. Lansbury hat unseres Wissens in Berlin nicht dagegen protestiert; er hat sich auch nicht dagegen gewandt, dass die Nazidiktatur die friedliebenden Massen in einen Kriegstau mel jagen will, dass Tausende Männer und Frauen, Arbeiter und Geistliche, Bauern und Gelehrte in den Konzentrationslagern Hitlers gequält werden, in den Zuchthäusern dahinsiechen, nur weil sie für den Frieden kämpften.

Hat Lansbury nicht bedacht, was diese Kämpfer für Frieden und Freiheit denken mussten, als in den Konzentrationslagern das Radio meldete, dass der Pazifist, der religiöse Sozialist Lansbury den gleichen Hitler, auf dessen Befehl nun schon vier Jahre lang die Friedenskämpfer, die Sozialisten, die Gewerkschafter, gequält werden, zu friedfertiger Politik zu überreden suchte?

Hat Lansbury nicht daran gedacht, dass die vielen Zehntausende tapferer Deutscher, die in den illegalen Organisationen unter Einsatz ihres Lebens gegen die Kriegshotzer kämpfen, sich durch diese leichtfertige Aktion Lansburys verraten fühlen müssen, verraten von der religiösen Friedensbewegung, verraten von der Arbeiterbewegung Englands? Gewiss, Lansbury ging, wie er und die Labour-Party ausdrücklich betonten, als "Privatmann" nach Berlin. Doch wer erfuhr das in Deutschland? Ein Mann wie Lansbury ist keine Privatperson.

Lansbury ist der illegal kämpfenden Friedensbewegung Deutschlands in den Rücken gefallen. Er hat durch seinen leichtfertigen Besuch in Berlin der Sache des Friedens mehr geschadet, als er ihr in seinem langen Leben genützt hat.

Berichte, die uns bereits aus Deutschland erreichten, zeigen, wie sehr Lansburys Gang nach Berlin in den Kreisen der wirklichen Friedenskämpfer, in den Reihen der am Wiederaufbau der Gewerkschaften Arbeitenden verwirrt und enttäuscht und das Vertrauen in die antifaschistische Solidarität der Arbeiterschaft jenseits der Grenzen erschüttert hat.

Wir hoffen, dass es wenigstens gelingt, diese Kämpfer in Deutschland davon zu überzeugen, dass Lansbury und die britische Arbeiterbewegung nicht identifiziert werden dürfen.

Leicht wird das nicht sein. Diese Klarstellung soll dazu beitragen.

Hitler an Lansbury. (ITF) "Wer den Sieg des pazifistischen Gedankens in dieser Welt wirklich von Herzen wünschen wollte, musste sich mit allen Mitteln für die Eroberung der Welt durch die Deutschen einsetzen.... Man müsste sich also wohl oder übel bei ernstem Willen entschliessen, Kriege zu führen, um zum Pazifismus zu kommen...."

Tatsächlich ist die pazifistisch-humane Idee vielleicht ganz gut dann, wenn der höchstschonende Mensch sich vorher die Welt in einem Umfange erobert und unterworfen hat, der ihn zum alleinigen Herren dieser Erde macht. Es fehlt dieser Idee dann die Möglichkeit einer schädlichen Auswirkung". So schreibt Adolf Hitler in seinem Buche "Mein Kampf" (35. Auflage, Band 1, Seite 315).

Bauarbeiterlöhne (ITF) Endlich ist (am 15. April) auch die Tarifordnung für das Baugewerbe im Wirtschaftsgebiet unterm Hakenkreuz. Hessen diktiert worden. Die tariflichen Stundenlöhne der Bauarbeiter sanken vom August 1932 bis 1937.

in der Stadt	<u>Maurer</u>		<u>Zimmerer</u>		<u>Bauhilfs-</u> <u>arbeiter</u>		<u>Tiefbau-</u> <u>arbeiter</u>	
	Pfg. von	auf	Pfg. von	auf	Pfg. von	auf	Pfg. von	auf
<u>Frankfurt a/M</u>	93	90	93	90	77	75	71	68
Mainz	93	90	93	90	77	75	71	68
Wiesbaden	93	90	-	-	77	75	71	68
Kassel	90	86	-	-	75	71	70	65

(Für die Redaktionen: Erläuterungen s. Lohntabelle auf S. 79. Bei rechtzeitigem Erscheinen dieser Tarifordnung wären die 4 Städte zwischen Aachen und Mannheim eingruppiert worden.)

Die "guten" Löhne der Berliner Konfektion. (ITF) Die Nationalsozialisten versichern häufig, dass es heute den deutschen Heimarbeitern relativ gut ginge, da die Treuhänder für die Heimarbeiter ausreichende Stundenlöhne festsetzten. Die Berichte der deutschen Heimarbeiter besagten das Gegenteil.

Jetzt werden diese Berichte der illegalen Organisationen von der Frankfurter Zeitung bestätigt. Sie gibt in einem Ueberblick über die Lage der Heimarbeiter zu: "In der Berliner Herrenwäschekonfektion wird darüber geklagt, dass zwar die festgesetzten Stundenlöhne gut, aber die von der Berechnungsstelle angesetzten Zeiten zu knapp seien; so dass nicht selten die ganze Familie arbeiten müsse, um das Notwendigste zum Leben zu verdienen". (Frankfurter Zeitung No. 164/65 vom 1. April 1937.) Mit den von den "Treuhändern" festgesetzten Stundenlöhnen paradierten die Nazis gern auf internationalen Kongressen. Aber sie verschweigen, dass die Stückzeiten so knapp angesetzt werden, dass kaum ein Heimarbeiter den "Tarifslohn" erhält.

Nach vier Jahren..... (ITF) "Es hat sich immer wieder gezeigt, dass der deutsche Arbeiter, der durch Jahre an seine Gewerkschaft wie an ein Evangelium glaubte, sich nicht einfach damit abfindet, dass das nun alles anders ist."  
(Angriff, Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, Nr. 90 vom 18. April)

Nazi-Antreiberei. (ITF) Die Zahl der Unfälle steigt in den Betrieben des Dritten Reiches so rasch, dass selbst "Die Deutsche Volkswirtschaft", nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst" ontsetzt ist. "Die erstmalig entschädigten Unfälle haben sich von 87 576 im Jahre 1935 auf 99 378 im Jahre 1936 erhöht. Es handelt sich dabei durchweg um solche Unfälle, die eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit um jeweils länger als 13 Wochen zur Folge hatten, also um erhebliche Unfälle", schreibt das Blatt (am 11. April 1937 in Nr. 11). "Fest steht, dass zum mindesten in der Industrie nicht nur die Zahl der Unfälle, sondern auch die Unfallhäufigkeit grösser geworden ist.... Diese gestiegene Unfallhäufigkeit dürfte ihre Hauptursachen in dem schärferen Arbeitstempo sowie darin haben, dass auch 1935/36 viele früher langfristig erwerbslose Arbeiter erhöhter Unfallgefahr ausgesetzt waren, wobei auch der Uebergang zu andern als ursprünglich erlernten Berufen" -- zahlreiche der Erdarbeitern ungewohnte Arbeiter und Angestellte worden bei Befestigungsbauten eingesetzt -- "eine Rolle spielt".

Kanonon statt Butter. (ITF) Der Fettverbrauch für Ernährungszwecke lag in Deutschland 1936 noch um 6% unter dem Fettverbrauch des schlimmsten Krisenjahres, 1932. "Die Zeitschrift der deutschen fettchemischen Gesellschaft "Fette und Seifen" brachte darüber folgende Angaben von amtlicher Seite: ....Fettverbrauch für Ernährungszwecke 1932: 1,7 Mio to, 1936: 1,6 Mio to". (Der deutsche Volkswirt vom 28. April 1937)

"Angriff" schreibt:  
Green und Lewis bestochen! (ITF) "Der Angriff", die Tageszeitung der korrupten Deutschen Arbeitsfront wendet sich in einem Artikel (am 20. April, No. 91) direkt an die Arbeiter der Vereinigten Staaten und redet ihnen zu, sie sollten auf Streiks verzichten, denn am Streik wäre nur die Gewerkschaft interessiert und die "hat sich schon längst schmieren lassen..... Die Gewerkschaften sind ebenso schlimm wie die Unternehmer".

Die N.S.B.O.-Aktion. (ITF) Ende 1932 zählte die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, die N.S.B.O., angeblich 400 000 Mitglieder. (Angriff, 30. Januar 1937.)

Um mit hohen Ziffern prunken zu können, wurde jeder Arbeiter und Angestellte, der offen oder heimlich Mitglied der Nazi-Partei war, in den Listen der N.S.B.O. geführt, ganz gleich, ob er sich aktiv betätigte oder nicht. Der grösste Teil dieser Mitglieder rekrutierte sich aus Mitgliedern des "Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands", dessen Leitung in vielen Bezirken die Nazi-Propaganda finanzierte.

Während der Terrorwelle nach dem Reichstagsbrand traten viele in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigte Arbeiter und Angestellte der N.S.B.O. bei, um sich ihren Arbeitsplatz zu sichern. Trotzdem war die N.S.B.O. bis Mitte April 1933 nur auf 500 000 Mitglieder gekommen ("Arbeitertum", vom 15. April 1933). Von diesen 500 000 "alten" Mitgliedern sind heute nur noch 80 000 als Zellenobleute in Betrieben tätig. ("Angriff"/No. 40). Die übrigen erhielten einen Posten bei der Arbeitsfront oder in der öffentlichen Verwaltung oder wurden wegen Unzuverlässigkeit wieder ausgeschlossen. In über 200 000 Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten gibt es keinen "Zellenobmann".

1937

Neuordnungs werden wieder Versuche unternommen, die NSBO zu reaktivieren. Die Nazi-Leitung liess in den letzten Monaten alle NSBO-Mitglieder, die vor dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSBO geworden waren, aber noch nicht der N.S.D.A.P. angehören, auffordern, der N.S.D.A.P. beizutreten. Unter den Karrieristen wurde diese Aufforderung begeistert aufgenommen, in vielen Betrieben aber haben die NSBO-Arbeiter sich mit "Marxisten" beraten, unter welchem Vorwand sie den Beitritt zur NSDAP vermeiden könnten.

### Nazis betrügen Grenz- arbeiter.

(ITF) Die deutsche Mark gilt in Deutschland offiziell zwar noch als vollwertig, ausserhalb der Grenzen des Dritten Reiches aber

trägt man der Nazi-Inflation Rechnung und bewertet die Reichsmark 43 Prozent niedriger. Nach dem offiziellen Kurs ist in Deutschland eine Mark 70 holländische Cents wert, in Holland braucht man im Freiverkehr für eine Mark nur 40 Cents zu zahlen.

Deutsche Stellen versuchen deshalb, holländische Arbeiter, die in Deutschland in der Nähe der Grenze arbeiten und regelmässig heimkehren, zu veranlassen, den verdienten Reichsmark-Lohn nicht in Deutschland, sondern im Ausland zu wechseln. Ein Teil der holländischen Arbeiter lässt sich durch die Nazi-Beamten einschüchtern und verliert dadurch an jeder Mark 43 Pfennig. Jetzt haben sich holländische amtliche Stellen genötigt gesehen, vor diesem Betrugsmanöver der Nazistellen zu warnen: der Leiter des Bezirksarbeitsamtes in Venlo hat den beteiligten Gewerkschaften mitgeteilt, dass niederländische Grenzarbeiter auf Grund des zwischen Deutschland und Holland bestehenden Arbeitsübereinkommens den ganzen in Deutschland verdienten Lohn zum hohen Remissionkurs in Deutschland umwechseln können und in holländischer Münze mit nach Holland nehmen dürfen. "Wie mir scheint, ist dies nicht allen holländischen Grenzgängern bekannt und sie geben sich gelegentlich damit zufrieden, dass nur ein kleinerer Teil ihres Lohnes in holländische Münze umgewechselt wird, als ihnen zusteht. Den Restbetrag müssen sie dann in deutscher Währung mitnehmen. Das bedeutet für sie einen finanziellen Nachteil, da sie bei Umwechslung in Deutschland für die Mark den offiziellen Tageskurs, etwa 70 Cents, erhalten, während sie für das nach Holland mitgenommene deutsche Geld mit einem Kurs zufrieden sein müssen, der, wie bekannt, bedeutend niedriger liegt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in einigen Fällen von deutscher Seite den Grenzgängern mitgeteilt wird, dass sie nicht mehr als 2/3 ihres Lohnes in holländischer Währung mitnehmen dürfen. Das ist, wie aus obenstehendem hervorgeht, nicht richtig. Wenn die Grenzgänger keine Ausgaben in Deutschland haben, dürfen sie ihren vollen Lohn in holländische Währung umwechseln lassen."

Der "Nederlandsche Metaalbewerkerbond", dessen Zeitschrift wir dieses Schreiben entnehmen, empfiehlt allen Grenzgängern, die seiner Organisation angehören, sich sofort an den Rijksconsulent voor Sociale Zaken, Dr. B. Kapma, directeur van de Nederlandsche Arbeidsbeurs in Oberhausen (Schwarzstrasse 56) zu wenden, wenn sie zu Kursverlusten gezwungen werden sollen.

Nazi-Deutschland betrügt  
ausländische Landarbeiter.

(ITF) In Deutschland herrscht Landarbeitermangel. Die geburtenarmen Kriegsjahrgänge sind herangewachsen, es fehlt an jungen Arbeitskräften. Die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter, die schon in der kapitalistischen Republik viel zu wünschen übrig liessen, sind seit der Zerschlagung der Gewerkschaften ausserordentlich verschlechtert worden; die Arbeitszeit wurde verlängert, der Lohn gedrückt. Trotz der schärfsten Beschränkung der Freizügigkeit der Landarbeiter liess sich daher die Landflucht nicht abstoppen. Und seit durch Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit und der Arbeitsdienstpflicht der deutschen Landwirtschaft mindestens 500 000 männliche Arbeitskräfte (Bauernsöhne, mithelfende Familienangehörige, Landarbeiter) entzogen wurden, gefährdet der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften die Bestellung und die Ernte. Die Zahl der Zwanzigjährigen auf dem Lande ist von 1932 bis 1936 von 640 000 auf 450 000 gesunken ("Der Schaffende in der Landwirtschaft", Organ der Deutschen Arbeitsfront, Februar 1937), Arbeitsdienst und Armee beanspruchen die 18-21jährigen, bei Marine und technischen Truppen noch die 22- und 23jährigen. Die Versuche, diesen starken Ausfall durch der Landarbeit ungewohnte städtische Arbeitskräfte zu ersetzen, scheiterten. Seit der Verdoppelung der Dienstzeit im Jahre 1935 wurde deshalb zum ersten Mal seit 1930 wieder versucht, in grösserem Umfange ausländische Fachkräfte für die deutsche Landwirtschaft heranzuziehen.

Die Nazis bedienten sich zunächst der Hilfe gewerbsmässiger Stellenvermittlungen. Da diese aber nicht genügend Landarbeiter vermitteln konnten, bat man einige Regierungen um Hilfe. In Holland, dessen Agrarexport durch die wahnwitzige "Kanonon-statt-Butter"-Politik der Nationalsozialisten schwer geschädigt wurde, hat die Regierung den Nazis tatsächlich den Gefallen getan und -- durch Zirkular vom 4. März -- die Gemeindebehörden angewiesen, erwerbslose Landarbeiter zur "freiwilligen" Meldung nach Deutschland zu veranlassen. Zunächst sollten 1 000 landwirtschaftliche Arbeiter vermittelt werden.

Die Nazibehörden machten dem holländischen Ministerium falsche Angaben über die Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten der Landarbeiter im Dritten Reich. Der holländische Minister gab diese gefälschten Angaben gutgläubig weiter, denn seine Behörde kann sich noch immer nicht vorstellen, dass man Nazibehörden unbesehen kein Wort glauben darf. Der Minister schilderte auf Grund der ihm von den Nazis gegebenen Angaben verlockend, wie die Lage der Landarbeiter im Dritten Reich sein solle, nicht, wie sie wirklich ist.

Der Minister erklärte auf Grund der ihm gemachten Angaben, dass "ledige Melker, die 3mal täglich 7 - 8 Kühe melken können, ausser freier Station: etwa 40 - 50 Mark monatlich" erhalten, tüchtigere Melker (Schweizer) könnten 80 - 90 Mark im Monat verdienen, Landarbeiter (bei teilweiser Akkordarbeit) im Durchschnitt (!) 60 Mark im Monat bei freier Station.

Für holländische Arbeiter kommen in erster Linie die Provinzen Rheinland und Westfalen in Betracht. Der Reichs-Treuhänder der Arbeit für das Rheinland hat als Arbeitsmass nicht 7 - 8 Kühe pro Schweizer vorgesehen, sondern "in der Regel" 15 Kühe, der Treuhänder für Westfalen hat 17 Kühe als durchschnittliches Arbeitspensum für die Schweizer festgelegt. Die Bar-Verdienste für ledige Schweizer betragen in beiden Provinzen nach den "Richtlinien" der Treuhänder nicht 40-50 RM, sondern je nach dem Lohngebiet 35-45 RM. Wenigstens sollten die Schweizer diese Summen erhalten. Bindende Vorschrift durch "Tarifordnung" liegt nicht vor, die Bauern brauchen die "Richtlinie" nur als Vorschlag zu betrachten, an die sie sich nicht unbedingt zu halten brauchen.

Landarbeiter sollten im Rheinland nach den für die Bauern unverbindlichen Empfehlungen des Treuhänders je nach dem Lohngebiet 30-50 RM Barlohn erhalten. Zuschläge für Akkordarbeit sind überhaupt nicht vorgesehen. Für Westfalen hat der Treuhänder nicht einmal eine bestimmte Summe vorgeschlagen, dort haben die Bauern völlig freie Hand.-

Am Freitag, den 16. April, ging der erste Sammeltransport holländischer Landarbeiter nach Deutschland. Am Mittwoch, den 21. April kamen (wie die Amsterdamer katholische Tageszeitung "De Tijd" am

22.IV. berichtet) die ersten Landarbeiter "schwer enttäuscht" zurück.

Sie hatten sich davon überzeugt, dass die Nazi-Propagandaberichte, die der holländische Arbeitsminister gutgläubig verbreitet hatte, nicht der Wirklichkeit entsprachen. Sie wollten lieber in Holland darben, als im Dritten Reich als "gutbezahlte" Landarbeiter leben.

"Von Ausbeutung nicht weit entfernt..."

(ITF) Das übersteigerte Tempo der deutschen Aufrüstung hat in den Rüstungsbetrieben zu unerträglichen Zuständen geführt.

Da neuerdings der Druck der Massen so stark geworden ist, dass die Lebensmitteleinfuhr auf Kosten des Rohstoffimports etwas vergrößert werden musste, stehen häufig auch den auffallend bevorzugten Rüstungsbetrieben der Marine und der Luftflotte nicht genug Rohstoffe zur Verfügung. Wenn den Betrieben dann plötzlich Rohstoffe zugewiesen werden, werden die Facharbeiter zu endlosen Ueberstunden gezwungen. Die Unternehmer haben verschiedene Möglichkeiten, sich um die Zahlung der Ueberstundenzuschläge zu drücken. So können sie die an gesetzlichen Feiertagen ausgefallenen Arbeitsstunden an ihnen passenden Terminen im Anschluss an die Arbeitszeit ohne Zahlung von Ueberstundenzuschlag aufholen lassen. Sie nutzen das weidlich aus.

"Der Ruhrarbeiter" muss (am 16. April) einem emporten Arbeiterbrief gegen diese Methoden Raum geben: "Bekanntlich will der Gesetzgeber durch Zulassung von Aufholarbeit erreichen, dass der Verdienstaufschlag bei gehäuften Feiertagen nachträglich aufgeholt werden kann durch Ueberstunden oder Nebenschichten, für die keine Zuschläge gezahlt werden". Nun "schreibt (uns) ein Leser, dass die Aufholarbeit in den Betrieben häufig Formen annehme, die nicht mehr weit von Ausbeutung entfernt seien.....

Wir glauben, unser Leser hat ganz recht, wenn er bemängelt, dass Betriebe, die an sich überbeschäftigt sind, auch noch Aufholarbeit... willkürlich gesetzte Aufholarbeit..... d. h. Ueberarbeit ohne Zuschlag leisten lassen."

Aus dem Hitler-Paradies zurück.

"Wir .... (niederländische) Nationalsozialisten finden es gut, dass niederländische (Land-)Arbeiter in Deutschland arbeiten: dann können sie mit eigenen Augen sehen, wie sie durch deutschfeindliche Tintenkulis...tagein tagaus über den Nationalsozialismus belogen werden."

("Het Arbeidsfront", Organ der nach reichsdeutschem Muster aufgezogenen niederländischen Nazi-Partei am 30. März 1937)

Der Sohn eines holländischen Kleinbauern las in seiner Bauernzeitung in einem Inserat, dass Melker für Deutschland gesucht wurden. Er schrieb an die inserierende gewerbliche Stellenvermittlung L. de Vries in Enschede und erhielt ein Merkblatt aus dem hervorging, dass ein Melker, der "mindestens 10 Kühe" melken und versorgen könne, in Deutschland neben freier Station einen Lohn von "40-60 RM" erhielt. Der Arbeitstag begänne um 4 Uhr, nach 7 Uhr abends würde keine Arbeit mehr verlangt, am Tage "hat man einige Stunden frei". Dem Bauernsohn wurde eine Stelle als Melker auf einem Hof bei Veltnip (bei Steinfurt in Westfalen) angeboten. Er hätte dort 10 Kühe zu versorgen und würde im Monat 50 RM erhalten. Er sagte zu und fuhr ins Dritte Reich. Die Fahrt musste er selbst bezahlen, als Vermittlungsgebühr wurden ihm 6 Gulden abgenommen.

Nach der Ankunft stellte sich heraus, dass er 14 Kühe zu melken und zu versorgen hatte, bezahlt wurden ihm aber statt der versprochenen 50 Mark nur 40 Mark. Im zweiten Monat wurde eine Kuh trockengestellt, dafür wurde ihm der Lohn um ein volles Viertel, auf 30 Mark herabgesetzt. Im dritten Monat hatte er noch 11 Kühe zu versorgen, erhielt aber statt der zugesagten 50 Mark nur noch 25 Mark.

Auf Grund der für seinen Hof in Betracht kommenden "Richtlinien" des Treuhänders der Arbeit hätte er je Stück Vieh pro Woche 1,30 Mark erhalten sollen, also 18,20 Mark, bzw. 16,90, bzw. 14,30. Der Bauer zahlte ihm aber im ersten Monat 38,80 Mark weniger aus als die "Richtlinien" des Treuhänders vorsahen, im zweiten Monat 43,30 Mark zu wenig, im dritten 37 Mark zu wenig. Der holländische Bauernsohn hatte sofort gegen den niedrigen Lohn protestiert, der Bauer aber hatte achselzuckend erklärt, Deutschland sei "marken-arm", mehr könne nicht bezahlt werden. Der Bauer bewirtschaftete mit seinen 2 Söhnen, einen Knecht und dem Holländer 200 Morgen Pachtland; Saisonarbeiterinnen halfen während der Ernte.

Für den niedrigen Lohn musste der Melker angestrengt arbeiten. Die Arbeit begann morgens um 4 und endete gegen 7 Uhr abends. Doch statt der versprochenen mehrstündigen Pausen waren die einzige Unterbrechung des Arbeitstages 4 Essenspausen von zusammen einer Stunde. Der Landarbeiter auf dem gleichen Hof musste von morgens 5 bis abends 6 Uhr ständig auf den Beinen sein.

Die Verpflegung war miserabel. Seit November gab es dreimal täglich Brei. Kartoffeln und Gemüse gab es seitdem nur noch Sonntags. Fleisch oder Wurst nur einmal in der Woche. Butter war eine Seltenheit, als Ersatz diente Quark und geschmolzenes Fett, das über in Wasser geweichtes Brot gegossen wurde. Der Holländer kuriert noch heute an einem Magenleiden herum, das er sich dank des "Kanonen statt Butter"-Speisezettels zuzog.

Als "Zimmer" wurde ihm ein Raum über dem Kuhstall angewiesen; /

Im vierten Monat seiner Tätigkeit wurde er krank, er hatte sich am Finger eine Blutvergiftung zugezogen. Der Bauer hinderte ihn zunächst daran zum Arzt zu gehen. Erst als es sehr schlimm wurde, konnte der Melker ins Krankenhaus gehen, dort hielt man ihn gleich fest und liess ihn 14 Tage liegen. Im Krankenhaus lagen viele Magenleidende. Als er aus dem Krankenhaus kam, weigerte sich der Bauer, ihn wieder zu nehmen. Inzwischen hatte er einen neuen Holländer eingestellt.

Da der Schweizer kein Geld zur Rückfahrt hatte, wandte er sich an den Bürgermeister. Der wusste nicht, was er mit ihm beginnen sollte und sandte ihn in seiner Verlegenheit für weitere 3 Tage ins Krankenhaus, um ihm in der Zwischenzeit eine neue Stelle zu suchen. Für 14 Tage kam der Holländer dann zu einem anderen Bauer, bei dem er für 25 Mark Monatsbarlohn 19 Kühe und 23 Stück Jungvieh zu versorgen hatte. Dann reiste er nach Holland zurück. Er hatte genug. Seine Kollegen fragten ihn, "wärest Du in Deutschland geblieben, wenn Du die 50 Mark, die man Dir versprach, wirklich bekommen hättest?" Er antwortete ihnen: "Auf keinen Fall. Ich scheue keine Arbeit, aber wenn man drüben (im Dritten Reich) als Melker arbeitet, dann ist man weniger als ein Hund. Wir haben hier in Holland wohl längere Arbeitszeiten, aber wir bleiben doch immer noch Menschen. In Deutschland ist ein Melker kein Mensch mehr."

/1,50 m hoch, 2 Meter breit, 2 Meter lang. Das Fenster -- höchstens 1/4 qm gross, musste auch bei grosser Kälte Tag und Nacht offenstehen; es roch trotzdem stets nach Kuhstall.

Beilage zur deutschen AusgabeWie führen wir den Kampf?

(ITF) Die "Arbeiterzeitung" der österreichischen Revolutionären Sozialisten schreibt:

Die österreichische Einheitsgewerkschaft ist von der faschistischen Regierung gegründet worden. Sie hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse organisatorisch unter die Führung der von der faschistischen Regierung ernannten "Gewerkschafter" und durch sie unter die gütige Führung der faschistischen Machthaber selbst zu bringen.

Die (faschistische) Einheitsgewerkschaft soll die Arbeiterklasse mit einer Ideologie erfüllen, die sie der faschistischen Diktatur gehorsam und willig machen soll. Diese Ideologie sagt den Arbeitern und Angestellten, die Zeit des Klassenkampfes sei vorbei. Die Arbeiterklasse könne und müsse ihre Interessen nicht im Kampfe gegen die Unternehmerklasse, sondern im "berufsständischen" Zusammenwirken mit ihr vertreten.... Die Arbeiterklasse müsse auf die Waffe des Streiks verzichten.

Vor dem Weltkrieg haben die kapitalistischen Grossunternehmer in vielen Ländern zum Kampfe gegen die freien, roten Gewerkschaften "gelbe" Gewerkschaften errichtet und die von ihnen abhängigen Arbeiter mit allen Mitteln des Unternehmerterrors in die gelben Gewerkschaften hineingepresst. Diese gelben oder, wie sie selbst sich in Deutschland nannten, "wirtschaftsfriedlichen" Gewerkschaften sollten die Arbeiterschaft lehren, dass sie nicht im Kampfe gegen das Unternehmertum, sondern nur im Vertrauen zu ihm und im Zusammenwirken mit ihm ihre Lebenshaltung verbessern könne.

Die "berufsständische" Ideologie der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft von heute ist identisch mit der "wirtschaftsfriedlichen" Ideologie der Gelben der Vorkriegszeit.

Allerdings, um sich vor der Arbeiterschaft behaupten zu können, ist die (faschistische) Einheitsgewerkschaft gezwungen, als Anwalt der Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Unternehmertum und gegenüber dem faschistischen Staat aufzutreten. Aber sie tut das widerstrebend, schwächlich, feig. Denn sie bleibt dabei doch gleichzeitig mit der Aufgabe betraut, die Arbeiterklasse mit einer gelben Ideologie zu erfüllen, sie vom selbständigen Klassenkampf, vom Kampf gegen das faschistische Herrschaftssystem abzuhalten, sie der faschistischen Staatsordnung einzugliedern.

Die Arbeiterklasse kann sich aber mit dem faschistischen Unterdrückungssystem niemals abfinden. Sie muss darnach streben, jede Arbeiterorganisation, die heute noch ein Herrschaftsinstrument des Faschismus ist, in ein Werkzeug des Klassenkampfes der Arbeiterklasse ihres Befreiungskampfes gegen den Faschismus zu verwandeln....

Aber solange das faschistische System nicht schwer erschüttet ist, solange die Arbeiterklasse ihre Kampfkraft nicht wieder erlangt hat, kann es nicht gelingen, die (faschistische) Einheitsgewerkschaft aus ihrer Verknüpfung mit dem faschistischen Herrschaftssystem herauszureissen. Die klerikalen Führer der einstigen christlichen Gewerkschaften haben durch die blutige Niederwerfung der Arbeiterklasse im Februar 1934 erlangt, was sie, solange die Arbeiterklasse frei war, nie erlangen konnten und nie hätten erlangen können: die Führung der Arbeiterklasse. Der Faschismus braucht die (faschistische) Einheitsgewerkschaft als Mittel zur Befriedung und Beherrschung der Arbeiterklasse; er wird, solange er nicht muss, die (faschistische) Einheitsgewerkschaft nicht unter eine Führung geraten lassen unter der sie diese Funktion nicht erfüllen könnte.

Die Verwandlung der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft aus einem Herrschaftsinstrument des Faschismus in ein Instrument des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse gegen den Faschismus wird daher erst dann zu erringen sein, wenn der Faschismus schon schwer erschüttert sein wird....

Wie dies geschehen kann, dafür gibt es in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ein grosses Beispiel. Im Jahre 1903

hat die zaristische Regierung in Petersburg eine "Gesellschaft" russischer Fabriks- und Betriebsarbeiter" gegründet, die dem Einfluss der sozialistischen Revolutionäre auf die Arbeiterschaft entgegen wirken sollte. Zum Führer dieser von der Polizei gegründeten und überwachten Gesellschaft hat der Polizeiminister Subatow den Popen Gapon ernannt. Diese sogenannten Subatowschen Gewerkschaften waren die ersten Vorläufer der vom Faschismus begründeten "Arbeiterorganisationen" der "Syndakate" des italienischen, der "Arbeiterfront" des deutschen, der Einheitsgewerkschaft des österreichischen Faschismus. Anfangs waren sie in der Tat nichts als ein Mittel des Zarismus, die Arbeiter organisatorisch zusammenzufassen und geistig zu beeinflussen, um sie gegen die illegale sozialistische Propaganda zu immunisieren. Als sich aber im Jahre 1904 im Gefolge des russisch - japanischen Krieges eine revolutionäre Welle über Russland ergoss, wurden auch die Mitglieder dieser von der Polizei errichteten und geführten Organisation von der revolutionären Welle erfasst, auch sie wurden für die revolutionären Parolen empfänglich und gerieten unter den Einfluss revolutionärer Zellen. Der Pfaffe Gapon selbst musste sich unter dem Drucke

der Mitgliedschaft als Revolutionär gebärden. Er organisierte jenen grossen Arbeiterzug zum Winterpalast des Zaren am 22. Jänner 1905, der, vor dem Winterpalast mit Gewehrsalven empfangen, das Signal zur ersten russischen Revolution gab.

Die Geschichte der Subatowschen Gewerkschaften zeigt gewiss, dass selbst eine von der feindlichen Polizeigewalt begründete Arbeiterorganisation das Klassenbewusstsein der Arbeiter nicht dauernd unterdrücken, den Klassenkampf der Arbeiter nicht für immer aufheben kann. Aber sie zeigt freilich auch, dass sich diese Wandlung erst dann vollzieht, wenn unter dem Drucke geschichtlicher Ereignisse das Bewusstsein der Massen revolutioniert wird.

Wir sind heute in Oesterreich noch nicht so weit. Die (faschistische) Einheitsgewerkschaft ist noch nicht ein Instrument des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse und wir sind noch nicht stark genug, sie aus ihrer Verknüpfung mit dem faschistischen Herrschaftssystem zu befreien. Sie ist vorerst noch ein Herrschaftsinstrument des Faschismus.

Wir können und müssen innerhalb der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft als Opposition gegen die von dem faschistischen Staat eingesetzte Führung der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft wirken um die (faschistische) Einheitsgewerkschaft-Führung unter den Druck der Arbeiterschaft zu stellen und sie dadurch zwingen Arbeiterforderungen zu vertreten. Aber wir dürfen uns mit der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft nicht identifizieren, unsere unversöhnliche Gegnerschaft gegen die von der faschistischen Regierung ernannten (faschistischen) Einheitsgewerkschaft-Führer, gegen ihre Ideologie und ihre Methoden nicht abschwächen und nicht verkleiden, für die (faschistische) Einheitsgewerkschaft-Führung keinerlei Mitverantwortung übernehmen solange sie ein Instrument des Faschismus und der dem Faschismus dienenden gelben "berufständischen" Ideologie ist.

Die (faschistische) Einheitsgewerkschaft bemüht sich immer wieder angesehene Freigewerkschafter für sich zu gewinnen, um durch sie die Arbeiterschaft zu beeinflussen. Sie hat sich nach dem Februar 1934 zu diesem Zweck ein paar ehemalige Sekretäre der Freien Gewerkschaften gekauft; aber die wenigen, die sich von ihr haben kaufen lassen, sind von der Arbeiterschaft als Verräter geächtet worden. Jetzt hat die (faschistische) Einheitsgewerkschaft in einer Industriegruppe einen Arbeiter, der sich durch seine Tätigkeit als Betriebsrat das Vertrauen seiner Kollegen erworben hat, eine Stelle als Gewerkschaftssekretär angeboten. Und als der Arbeiter antwortete, er lasse sich von der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft nicht ernennen, er könne eine Funktion nur annehmen, wenn er von seinen Kollegen durch freie Wahl zu ihr berufen wird, hat sich die (faschistische) Einheitsgewerkschaft bereit erklärt, eine Wahl vornehmen zu lassen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Aehnliches demnächst auch in andern Industrie- und Gewerbegruppen versucht werden wird.

Wir halten es für unzulässig, dass Freigewerkschafter führende, repräsentative, besoldete Funktionen in der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft annehmen. Wenn ein Freigewerkschafter Sekretär eines Berufsverbandes innerhalb der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft

würde, so wäre er, einmal in seine Funktion eingesetzt, an die Satzungen der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft gebunden, auf ihre Ideologie und Politik verpflichtet. Er wurde unvermeidlich in die ganze "wirtschaftsfriedliche" Atmosphäre der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft geraten und müsste selbst wider seinen Willen zum bewussten oder unbewussten Werkzeug der Eingliederung der Arbeiterklasse in das faschistische System werden. Der notwendige Kampf der Arbeiterklasse gegen die Führung, die Ideologie und die Methoden der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft würde nur erschwert werden, wenn die (faschistische) Einheitsgewerkschaft den Arbeitern gegenüber durch Männer, die aus früherer Zeit das Vertrauen der Arbeiterschaft geniessen, vertreten wäre.

Die Versöhnler glauben, die (faschistische) Einheitsgewerkschaft durch loyale Mitarbeit in ihr und an ihr in den Dienst der Tagesinteressen der Arbeiterklasse stellen zu können. Die Kommunisten glauben, durch Besetzung von "Positionen" in der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft die (faschistische) Einheitsgewerkschaft wirksamer als Kampfboden des Klassenkampfes benutzen, für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse ausnützen zu können. Aber beide geben den Arbeitern denselben Rat: jede erreichbare "Position" innerhalb der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft zu besetzen. Im Gegensatz zu beiden sind wir Revolutionären Sozialisten der Meinung und ist zu unserer grossen Genugtuung auch die überwiegende Mehrheit der Funktionäre der illegalen Freien Gewerkschaften der Ueberzeugung, dass sich die klassenbewussten Arbeiter und Angestellten nicht durch Annahme führender und besoldeter Funktionen in der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft mit der Einheitsgewerkschaft identifizieren, nicht durch die Teilnahme an Leitungsfunktionen in der Einheitsgewerkschaft die unversöhnliche Gegnerschaft der klassenbewussten Arbeiterschaft gegen das faschistische Herrschaftssystem, dem die (faschistische) Einheitsgewerkschaft dient, beeinträchtigen oder verdecken sollen. Wir müssen unseren Kampf auf dem Boden der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft führen, aber wir müssen ihn führen unabhängig von der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft-Führung, ohne Mitverantwortung für die (faschistische) Einheitsgewerkschaft-Führung in unversöhnlicher Feindschaft gegen die (faschistische) Einheitsgewerkschaft-Führung.

Es mag schon sein, dass die Zeit einmal kommen wird, in der sich unter dem Drucke der Arbeiterschaft der Vorsitzende der Einheitsgewerkschaft als Revolutionär wird gebärden müssen. Aber man kann die Revolutionierung einer einem autokratischen System dienenden Arbeiterorganisation nicht dadurch bewirken, dass man sich selbst ihrem Führungsapparat einordnet und die Vertretung dieses Führungsapparates Gegentretung dieses Führungsapparates gegenüber den Arbeitermassen übernimmt, sondern nur dadurch dass man innerhalb dieser Arbeiterorganisation von ihrer Führung schlechthin unabhängige, für ihre Führung in keiner Weise mitverantwortliche Zellen bildet, die im Kampfe gegen ihre dem Faschismus dienende Führung den revolutionären Umwälzungsprozess im Bewusstsein ihrer Mitgliedschaft auslösen und fordern und ihm die Ziele setzen müssen."

("Arbeiterzeitung" vom 14. April 1937)

Faschistische Eisenbahner-  
"gewerkschaft"

(ITF) Im faschistischen Italien müssen alle in Arbeit Stehenden einen Beitrag zu den faschistischen Organisationen

zahlen, die Mitglieder zahlen ihn "freiwillig", den Nicht-Mitgliedern wird er zwangsweise abgezogen. Das Geld wird prompt kassiert, aber sonst haben selbst die Mitglieder nicht viel von "ihrer" Organisation. Im "Lavoro Fascista", der Tageszeitung der faschistischen "Gewerkschaften" beschwert sich (am 18. März 1937) ein Eisenbahner aus Sardinien: "Vor mehr als 6 Monaten habe ich die Gewerkschaft der Kleinbahner des Bezirks Cagliari darum gebeten, eine Klage gegen die Eisenbahngesellschaft einzureichen, die sich weigert, mir die Ueberstundenvergütung auszuzahlen. Die Gesellschaft erklärt, ich hätte kein Recht auf Ueberstundenbezahlung, trotzdem der Kollektivvertrag nach meiner Meinung eindou-  
tig festlegt, dass ich im Recht bin....

Kann ich mich jetzt an einen Advokaten wenden, um zu meinem Geld zu kommen? Was soll ich gegen die Gewerkschaft tun, der ich völlig gleichgültig bin? Kann ich die Beitragszahlung verweigern?" Als Antwort gibt die Redaktion des "Lavoro Fascista" dem Eisenbahner die Adresse der Gewerkschaft an, die sich nur um ihn kümmert, wenn es ans Zahlen geht.....

Strassenbahnererlond  
in Wien.

(ITF) Auf dem Bahnhof X der Wiener Strassenbahnen kam es am 9. April zu einem Proteststreik. Ein Strassenbahner fühlte sich krank

und wollte sich ablösen lassen. Die Ablösung wurde ihm verweigert. Nach Dienstschluss ging er zum "Vertrauensarzt", doch der erklärte ihn für dienstfähig. Der Strassenbahner musste wieder fahren.

Nach einer vollendeten Tour aber brach er zusammen, ein Blutsturz -- der Strassenbahner war tot.

Die Protestaktion der erbitterten Strassenbahner nahm einen ernsten Charakter an. Die mit Ueberfallauto ausgerückte Polizei konnte nichts ausrichten. Nur durch persönliches Eingreifen des Generaldirektors der Wiener Strassenbahnen, der zusagte, dass der Vertrauensarzt seines Dienstes enthoben würde, wurde nach 2 Stunden die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Lage der Speditions-  
arbeiter in Wien

schildert die faschistische "Gewerkschaft der Arbeiter in Handel und Verkehr" (in der

Aprilnummer ihrer Zeitschrift):

"Das Antreibersystem und das Bestreben, das Regime ständig beschäftigter Arbeiter aus lohnpolitischen Gründen durch Einstellung von möglichst vielen Aushelfern zu durchstechen, hat bedauerlicherweise stark überhand genommen....

Der Begriff der Arbeitszeit hat sich da und dort stark verwaschen. Es kommt vor, dass Abfertigungszeiten (Rückstellung des Kraftwagens vom Bahnhof ins Magazin usw.) nicht in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Besondere Erregung herrscht in der Arbeiterschaft über die unmenschlichen Anforderungen an die physische Kraft der einzelnen Aufleger. 4 - 5 Tonnen sollen Tag für Tag womöglich in 2 - 3 Stunden verladen und in 7 - 8, womöglich nicht aneinandergrenzenden Bezirken gestellt sein. Um jedes Aufmucken im Keime zu ersticken, werden Tag für Tag gegen Stundenentgelt entlohnte Aushelfer eingestellt, welche die Angst vor der Arbeitslosigkeit bei den ständig Beschäftigten wirksam wachzuhalten haben." (ITF)